

Beschluss des Landrats vom 16.05.2024

Nr. 557

19. Univertrag kündigen, Geld sparen

2024/176; Protokoll: cr, mko, pw

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, der Regierungsrat lehne die Motion ab und es liege eine schriftliche Begründung vor.

Reto Tschudin (SVP) führt aus, die Universität Basel sei eine wichtige Institution. Sie ist auch eine gute Uni und hat einen grossen Stellenwert für die Region. Aber die Universität Basel ist eben nicht die Universität Baselland, sowenig wie sie die Universität Aargau oder die Universität Solothurn ist. Der Kanton Basel-Landschaft beteiligt sich seit Jahren an einer Institution in der Stadt und dies mit einem Haufen Geld – jährlich sind es über CHF 160 Mio. Geld, das wir in Baselland eigentlich gar nicht haben. Der Kanton Basel-Stadt wiederum schreibt Jahr für Jahr ein Plus und könnte sich daher etwas mehr Beteiligung an der Universität leisten. Insofern können alle schon beruhigt werden, die sich Sorgen machen: Würde der Kanton Basel-Landschaft weniger an die Universität zahlen, würde die Universität nicht untergehen. Basel-Stadt als Standort-Stadt, dies sei betont, könnte die Differenz ausgleichen. Der Kanton Basel-Landschaft versucht im Moment überall zu sparen. In der Verwaltung wird schon wieder jeder Rappen zweimal umgedreht und man kann gespannt sein, mit welchen Vorschlägen und Sparbemühungen der Regierungsrat auffahren wird. Auf jeden Fall wird kein Vorschlag so viel Sparpotential beinhalten wie die Kündigung der überrittenen Verpflichtung mit dem Univertrag. Damit können auf einen Schlag und ohne grosse Einschränkungen etwa CHF 100 Mio. gespart werden. Das ist zu betonen: ohne grosse Einschränkungen. Denn die Baselbieter Studierenden dürfen und können trotzdem weiterhin an der Uni Basel studieren, wie dies auch die Aargauer und Solothurner Studierenden oder solche aus Lörrach heute schon tun. Es ist der SVP-Fraktion ein Anliegen, dass sich der Regierungsrat nochmals bewusst macht, dass der Kanton mit dem Univertrag eine Verpflichtung einging, die er sich eigentlich gar nie leisten konnte und insbesondere jetzt nicht mehr leisten kann. Die SVP-Fraktion anerkennt jedoch auch, dass die ultimative Forderung nach einer Kündigung des Univertrags sehr weitreichend wäre. Daher wird die Motion in ein Postulat umgewandelt und leicht umformuliert:

Der Regierungsrat wird gebeten, den Staatsvertrag zur Finanzierung der Universität Basel mit dem Kanton Basel-Stadt vorsorglich zu kündigen und dafür zu sorgen, dass dem Kanton Basel-Landschaft gemäss IUV abgerechnet wird sowie eine Strategie für die zukünftige Finanzierung und Zusammenarbeit zu definieren und dem Landrat vorzulegen.

Das Postulat fordert den Regierungsrat dazu auf, in seiner eigenen Kompetenz zu handeln – er schreibt zwischen den Zeilen seiner Stellungnahme auch, dass er dies eigentlich könnte – und den Staatsvertrag vorsorglich zu kündigen, um ein Druckmittel zu haben. Weiter soll eine Strategie für die zukünftige Finanzierung und Zusammenarbeit definiert und dem Landrat vorgelegt werden. Vor allem der zweite Teil dieser Forderung ist der Fraktion wichtig. Man muss diese Zukunftsgedanken anstellen und damit man in eine saubere Verhandlung mit Basel-Stadt über zukünftige Finanzierungsmodelle treten kann, muss die heutige Verpflichtung gekündigt werden. Man kann nicht verhandeln im Wissen darum, dass ein Vertrag besteht, der Gültigkeit hat. Der Regierungsrat hätte eine schwierige Verhandlungsposition, wenn er den Landrat nicht im Rücken hätte. Daher ist es ein grosses Anliegen, dass die Fraktion für die abgeschwächte Version des Vorstosses Unterstützung erhält. Es ist nun ein Postulat mit einem Handlungsauftrag an den Regierungsrat. Es handelt sich noch nicht um eine ultima ratio Kündigung, sondern darum, die Verpflichtung vorsorglich aufzulösen und neu zu verhandeln. Dass Basel-Landschaft weiterhin an der Universität beteiligt ist,

anerkennt die SVP-Fraktion. Mindestens den Beitrag für die Studierenden wird Basel-Landschaft immer leisten müssen und dies auch tun. Man kann auch darüber hinausgehen, aber nicht im heutigen Umfang. Denn das müssen hier alle anerkennen: Den heutigen Umfang kann sich der Kanton nicht leisten. Dieser umformulierte Auftrag müsste eigentlich mehrheitsfähig sein. Hoffentlich sehen bereits alle, dass der Kanton auf tiefrote Zahlen zugeht und etwas tun muss. Das wäre nun ein erster Schritt. Es besteht ein Potential von gegen CHF 100 Mio. Denn man muss nicht über CHF 50'000.– sprechen, obwohl dies der Landrat schon stundenlang tat. Hier geht es um gegen CHF 100 Mio., was enorm viel Geld ist. Die zuvor beschriebenen Auswirkungen sind zudem völlig überschaubar.

Fredy Dinkel (Grüne) findet es naheliegend, angesichts eines grossen Defizits zu schauen, wo die grossen Brocken sind, wo gespart werden könnte und dann auch da anzusetzen. Wie Reto Tschudin richtig sagte, geht es bei der Universität um sehr viel Geld. Man sollte dies jedoch nicht hyperaktiv machen, auch wenn dies sehr medienwirksam ist und den Eindruck vermittelt, es werde endlich etwas getan. Der Vorstoss war sehr übereilt war. Jetzt wurde er abgeschwächt, worüber Fredy Dinkel sehr froh ist. In der Begründung der Motion sind aber noch verschiedene Fehler enthalten. Es gibt bereits einen Standort der Universität im Baselbiet und andere kommen hinzu. Klar kann man sagen, man beginne, noch bevor der Bau steht, die Juristen auf dem grünen Feld zu unterrichten. Ob das aber gut käme, wäre nicht klar. Wichtig ist, was Reto Tschudin auch sagte: Die Universität Basel ist wichtig für die Nordwestschweiz. In diesem Sinne handelt es sich um eine Partnerschaft. Es kommt auch immer darauf an, wie man mit einer Partnerschaft umgeht. Würde seine Frau jedes Mal, wenn Fredy Dinkel vergisst, wie abgemacht Staub zu saugen, gleich mit dem Scheidungsanwalt kommen, wäre dies wohl nicht so gut für die gemeinsame Beziehung. *[Heiterkeit]* Wenn sie ihn hingegen auffordert, nun endlich Staub zu saugen, bringt dies mehr. So geht es nun im Gespräch mit Basel-Stadt auch darum zu zeigen, was der Ansatz von Basel-Landschaft ist, mit dem Problem umzugehen, weil es um viele Millionen Franken geht und weil geschaut werden muss, wo etwas gespart werden kann. So kommt man wohl auf lösungsorientierte und differenzierte Ansätze, von denen Fredy Dinkel überzeugt ist, dass sie mehr bringen, als einfach vorsorglich den Vertrag zu kündigen. Damit, dass daran gearbeitet werden soll, ist Fredy Dinkel vollkommen einverstanden. Die Grüne/EVP-Fraktion lehnt auch das Postulat ab.

Roman Brunner (SP) sagt, es sei wiederum so weit: Es gibt Spardruck, es droht ein Abbaupaket, es gibt Steuerausfälle – und als Folge davon, kommt von der SVP ein Angriff auf unsere Universität. Genau das ist der Vorstoss; er ist nichts anderes als ein Angriff auf die Partnerschaft, auf die gemeinsame Trägerschaft der Universität und auf die Universität selber. In der letzten Legislatur hat der Regierungsrat den Universitätsvertrag neu verhandelt. Es ist noch keine vier Jahre her, seit der Landrat diesen begrüsst und unterstützt hat. Der Standortvorteil und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Kantone sind darin sehr gut abgebildet. Mit 10 % zahlt Basel-Stadt bereits pauschal für den Standortvorteil und der Rest wird nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, nach dem Ressourcenpotential der Kantone, berechnet. Und nur, weil Basel-Landschaft Steuerausfälle produziert und sein Ressourcenpotential anders nutzt, soll Basel-Stadt in die Bresche springen. Dies ist die Botschaft, die der Vorstoss aussendet. Nun sollen die Verhandlungen, die der Regierungsrat in der letzten Legislatur abgeschlossen hat und die alle im Landrat begrüsst, plötzlich nichtig sein. Das kann doch nicht der Ernst der SVP-Fraktion sein. Die Bedeutung der Universität in der Region ist immens, das ist wohl unbestritten, einerseits die Lehre und Forschung im Life-Sciences-Cluster und andererseits erfolgswirtschaftlich. Neben der Stellungnahme des Regierungsrats zur Ablehnung empfiehlt Roman Brunner auch das Communiqué der Handelskammer beider Basel zur Lektüre, das sehr viel zur volkswirtschaftlichen Bedeutung der Universität für unsere Region enthält. Es ist daher ein Rätsel, wieso die SVP-Fraktion im Vorstoss schreiben kann, dass «der Mehrwert ausbleibt». Es ist völlig unverständlich, wie behauptet werden kann, dass die

Universität keinen Mehrwert bringen würde. Die Platzierung der Fakultäten auf dem Land ist – wie Fredy Dinkel bereits sagte – auf gutem Weg und bedeutende sind bereits im Kanton angesiedelt. Es ist wirklich eine Universität für die Region und die gemeinsame Trägerschaft ergibt Sinn. Es handelt sich bei diesem Vorstoss also auch in der abgeschwächten Version einzig und alleine um einen populistischen Angriff der SVP auf die Universität und die Partnerschaft mit Basel-Stadt. Die SP-Fraktion steht zur gemeinsamen Trägerschaft und zur Partnerschaft mit Basel-Stadt und sie steht auch ein für eine starke Universität, deren Wert und hohe Bedeutung für die Region nachgewiesen ist. Der Vorstoss will auch in der angepassten Version eine Kündigung des Universitätsvertrags. Es gibt nichts zu prüfen und auch nichts zu berichten. Der Regierungsrat wird in der jetzigen angespannten finanziellen Lage den Dialog mit Basel-Stadt ohnehin suchen – nicht nur, was die Universität betrifft. Das ist die Aufgabe des Regierungsrats und er wird sie auch wahrnehmen, davon ist Roman Brunner überzeugt. Der Angriff auf die Universität, der Angriff auf die Partnerschaft und der Angriff auf die gemeinsame Trägerschaft muss ohne Wenn und Aber und auch als Postulat abgelehnt werden.

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) hält es für verständlich, dass die roten Zahlen für das Jahr 2023 für rote Köpfe sorgten. Dies darf aber nicht dazu führen, dass man sofort einen Punkt aufgreift, der einigen immer wieder ein Dorn im Auge ist, nämlich die Finanzierung der Universität Basel. Leider ist Basel-Landschaft noch immer nicht stimmberechtigtes Mitglied im Hochschulrat. Aber das ist nicht die Schuld der Uni, sondern eine politische Frage, die in Bern geregelt werden muss. Hier gibt es ganz besonders Handlungsbedarf. Aber statt mit einem Schnellschuss den Univertrag zu kündigen und viel Geschirr zu verschlagen, sollte man sich lieber eines Besseren besinnen. Die Universität Basel trägt sehr viel zu unserem Standort als Leuchtturm bei. Dies nicht nur in den Life-Sciences. Firmen kommen ins Baselbiet, um vom Innovations- und Forschungscluster der Universität zu profitieren. Das bringt auch dem Kanton ein gewisses Steuergut ein. Vergessen wir nicht, dass der neue Universitätsvertrag Basel-Landschaft sehr entgegenkommt, zum Beispiel, indem die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Kantons bei der Aufteilung des Restdefizits berücksichtigt wird. Es ist auch daran zu erinnern, dass der Kanton Basel-Stadt vor nicht allzu langer Zeit dem Kanton Basel-Landschaft einen Ausgleich von CHF 80 Mio. gezahlt hat. Man sollte sich aber überlegen, ob man tatsächlich in neue Standorte investieren soll und kann. Das könne vielleicht fürs erste sistiert werden. Unistandorte ja, aber nicht um jeden Preis. Bewahren wir einen kühlen und klugen Kopf! Und lassen wir uns nicht wegen dieser tollen Summe von CHF 100 Mio. zu einem Schnellschuss verleiten. Tragen wir Sorge zum Vertrauen, das in den letzten Jahren zwischen der Universität und den beiden Regierungen aufgebaut wurde. Zerstören wir es nicht durch nicht durchdachte Schnellschüsse. Begegnen wir uns weiterhin auf Augenhöhe und lassen wir die beiden Regierungen nach konstruktiven Lösungen suchen, die es erlauben, die Phase der klammen Finanzen zu überbrücken. Lassen wir deshalb den Regierungsrat selbständig verhandeln. Er weiss genau, welche Punkte verhandelt werden müssen und sollen, denn dies liegt auch in seiner Hand und Kompetenz. Die Mitte-Fraktion sagt Ja zu Verhandlungen, aber ohne Einmischung des Landrats. Der Landrat soll sicherlich nicht die Strategie diskutieren. So kann die Mitte-Fraktion das Postulat nicht unterstützen.

Andreas Dürr (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion stehe hinter den bisherigen Ausführungen. Die Universität ist wichtig, das soll nicht wiederholt werden. Die Wichtigkeit der Universität ist unbestritten, für den Standort, für die Wirtschaft, für das Fortkommen, für die Region. Darum wehrt sich die Fraktion auch dagegen, über das Postulat nun eine Diskussion über die Universität oder über den Universitätsvertrag in dieser Form zu führen. In Basel-Landschaft sind die Finanzen klamm. Alle wissen, dass der Regierungsrat auf den Partner zugegangen ist, dass das Thema gesetzt ist. Universität und Basel-Stadt müssen auch wissen, dass man in einer Partnerschaft aufeinander zugehen muss. Es nützt nichts, wenn ein Partner sehr stark ist und der andere schwach, dann ist das

Gesamtprodukt ebenfalls schwach. Wie bei einer Kette richtet sich die Stärke nach dem schwächsten Glied und nicht nach dem stärksten. Also muss man aufeinander zugehen und hinter den Kulissen geschieht dies auch. Wie der Regierungsrat in seiner Stellungnahme schreibt, hat er die Kompetenz. Der Landrat muss ihn daher weder drängen noch ermutigen noch ermächtigen. Vielmehr führt der Regierungsrat die Verhandlungen. Als Anwalt muss Andreas Dürr sagen, dass es etwas vom Ungeschicktesten ist, wenn man seine Verhandlungsstrategie vorweg in der Öffentlichkeit diskutiert. Damit macht man dem Gegenüber den grössten Gefallen, da dieser dann schon alles weiss. Verhandeln heisst, im Hinterkopf Alternativen zu haben und sich situativ einbringen zu können. Mit einer Diskussion im Landrat sägt man den Regierungsrat gleich ab, man könnte stattdessen einfach einen Mehlsack schicken. Für eine Verhandlung braucht es Geschick und es gelingt häufig hinter verschlossenen Türen, Zugeständnisse zu erreichen. Mit einer Darlegung in der Öffentlichkeit geht das nicht. Zweitens ist zu sagen, dass man nicht vorsorglich kündigen kann. Man kann kündigen oder nicht kündigen. Die Kündigung ist ein Gestaltungsrecht (für die Juristen unter den Anwesenden) und ein Gestaltungsrecht kann man ausüben oder nicht. Wenn es ausgeübt ist, ist es ausgeübt. Dann ist gekündigt. Man kann allenfalls die Kündigung androhen. Damit ist man wieder bei der Strategie, welche Alternativen und Handlungssituationen bestehen. Es gibt eine Kompetenzordnung. Es empfiehlt sich, die Verhandlungen in Ruhe zu führen. Es wurde anonciert und der Verhandlungspartner weiss es. Abgesehen davon erscheint es mutig von der SVP-Fraktion, zu sagen, es geschehe nichts, wenn Basel-Landschaft kündige, da Basel-Stadt die Lücke auffüllen könne. Umgekehrt würde man auch staunen, wenn Basel-Stadt sich zurückziehen und sagen würde, Basel-Landschaft solle alles zahlen. Man kann nicht über die Anderen verfügen und ihnen sagen, was sie tun müssen. Basel-Landschaft ist nun aber gut aufgestellt, das Thema ist anonciert und Basel-Stadt hat es bereits begriffen – es wird verhandelt. Über das Ergebnis kann man dann diskutieren, aber sicher nicht über die Strategie. In diesem Sinne muss die FDP-Fraktion das Postulat klar ablehnen.

Reto Tschudin (SVP) kann einige der gefallenen Voten nicht stehenlassen, denn teilweise seien der SVP Dinge unterstellt worden, die nicht stimmten. Zum einen fiel auf, dass die Rede von der Uni Basel war. Es hat niemand gesagt «Uni beider Basel». Dies aber nur am Rande. Zur vorsorglichen Kündigung: Natürlich kann man dies tun. Selbstverständlich ist es eine Kündigung, aber sie geschieht vorsorglich mit der Idee, danach wieder Verhandlungen aufnehmen zu können. Vorsorglich ist sie, weil sie nicht endgültig ist. Die Kündigung wird ausgesprochen, aber das heisst nicht, dass man nicht wieder zusammen an einem Tisch sitzen darf. Es braucht eine Kündigung, um neue Vertragsverhandlungen aufnehmen zu können, sonst gilt der bisherige Vertrag. Das ist also nicht so dumm, wie es dargestellt wurde. Nun noch zum Mehrwert der Universität. Die SVP hat nie gesagt, der Mehrwert sei nicht gegeben, sondern, dass der Mehrwert nicht da sei, wenn sich Basel-Landschaft in diesem Ausmass beteilige. Dass die Universität einen Mehrwert für unsere Region hat, wird nicht bestritten. Aber es wird bestritten, dass es nötig ist, dass sich Basel-Landschaft mit jährlich über CHF 160 Mio. daran beteiligt. Dass man die Kosten an Basel-Stadt abtreten würde, wäre tatsächlich so. Es handelt sich um den Standort-Kanton, was er schon vor dem Univertrag war. 2015 hat der Landrat mit 50:37 Stimmen ein Postulat der SVP-Fraktion gutgeheissen (das ist also nichts Neues). Dies hat zu einem verbesserten Univertrag geführt, der den Kanton weniger kostete als bis dahin. Leider kostet der Vertrag immer noch zu viel und entsprechend müsste man die Übung wiederholen, so dass der Regierungsrat einen noch besseren Vertrag aushandeln kann. Nochmals: Der Vertrag muss jetzt gekündigt werden, um einen neuen und besseren Vertrag aushandeln zu können. Die SVP-Fraktion hat sich dazu durchaus etwas überlegt. Schon 2015 hat das etwas gebracht. Trotzdem finanziert der Kanton Basel-Landschaft immer noch mit, auch wenn er – wie gehört – kein Uni-Standort ist. Die Universität wird nicht einfach fallen ge-

lassen. Aber was heute ist, kann sich der Kanton definitiv nicht mehr leisten. Daher braucht es neue Verhandlungen.

Peter Riebli (SVP) meint, es sei ganz einfach. Der Landrat muss nicht über die Qualität der Universität reden. Er muss auch nicht über die Wichtigkeit der Universität für unsere Region reden. Abgesehen davon ist die Universität nicht nur für Baselland, sondern auch für Aargau und Solothurn wichtig. Trotzdem beteiligen sich Aargau und Solothurn nicht mehr an der Universität, als dies die Interkantonale Vereinbarung über die Beiträge an die Ausbildungskosten von universitären Hochschulen (IUV) regeln würde. Wie der Fraktionspräsident der SVP schon mehrmals erläutert hat, geht es um CHF 100 Mio. Andreas Dürr ist rechtzugeben, wenn er sagt, man lege eine Verhandlungsstrategie nicht auf den Tisch. Aber man muss in die Verhandlung einsteigen mit der klaren Äusserung, dass man eigentlich gar nichts wolle und hinauslaufen könne, wenn es keine Einigung geben sollte – denn selber verliere man nichts, das Gegenüber hingegen schon. Wenn man nicht mit einer solchen Strategie in eine Verhandlung geht, braucht man gar nicht zu verhandeln beginnen. Wird das Postulat heute im Landrat nicht überwiesen, wird das klare Zeichen nach Basel-Stadt geschickt, dass der Landrat bereit sei, den Betrag weiterhin zu zahlen. Als Regierungsrat von Basel-Stadt würde Peter Riebli in dem Fall den Regierungsrat von Basel-Landschaft fragen, weshalb dieser denn eine Konzession erwarte, wenn doch der Landrat klar signalisiert habe, er sei mit dem Univertrag happy. Man muss klipp und klar sehen: Es gibt einen Vertrag, den sich der Kanton schlichtweg nicht leisten kann. Wenn man einen Kauf- oder Mietvertrag abgeschlossen hat, sich aber die finanzielle Situation inzwischen geändert hat und man ihn sich nicht mehr leisten kann, kündigt man den Vertrag. Man kann doch davor nicht einfach die Augen verschliessen! Die CHF 160 Mio. sind nicht das Ende der Fahnenstange. Es ist schon jetzt bekannt, dass zusätzliche Kosten auf den Kanton zukommen. Zum Beispiel wurde versprochen, sich an den Kosten für das Biozentrum in der Höhe von CHF 64 Mio. zu beteiligen. Die reinen Unterhaltskosten der Biomedizin haben sich verdoppelt! Im Aufgaben- und Finanzplan zeigt sich eine Kostenzunahme von über CHF 300 Mio. Der Kanton kann sich das gar nicht leisten! Peter Riebli ist extrem erstaunt, dass der Regierungsrat, insbesondere der «Säckelmeister», die Entgegennahme einer solchen Motion beziehungsweise eines solchen Postulats ablehnt. Nur mit dem Postulat im Rücken kann der Regierungsrat damit drohen, aus dem Vertrag auszusteigen, sofern keine Einigung gefunden werde. In dem Fall würde sich Basel-Landschaft an die Interkantonale Universitätsvereinbarung halten und – wie alle anderen – nur noch die daraus resultierenden Beiträge zahlen. Die Studentenzahlen an der Universität Basel haben sich in den letzten Jahren auf etwa 13'000 stabilisiert. 21 % davon sind im Durchschnitt Baselbieter. Der Kanton Basel-Landschaft zahlt jedoch 41 % der Kosten, profitiert aber nicht mehr als Aargau oder Solothurn, er hat nicht einmal einen Sitz im Hochschulrat! Zug hat einen Sitz, Jura auch. Und dies, obwohl sie sich nicht in dem Mass an der Universität beteiligen wie Basel-Landschaft. Peter Riebli sagt nicht, die Universität sei nichts wert. Er sagt auch nicht, dass alles eingespart werden muss, was möglich wäre. Aber der Landrat muss dem Regierungsrat, insbesondere dem «Säckelmeister», den Rücken stärken, dass er in Verhandlungen einsteigen kann mit dem Ausgang, dass – allerschlimmstenfalls, wenn keine Lösung gefunden wird – Basel-Landschaft nur noch den Beitrag bezahlt, den auch alle anderen Kantone zahlen. Der Profit aus der Universität ist für Basel-Landschaft nicht höher als jener von Solothurn oder Aargau, insbesondere des Fricktals. Damit vergibt sich Basel-Landschaft doch gar nichts – im Gegenteil. Dem Regierungsrat wird der Rücken gestärkt, um mit einer starken Position in die Verhandlung gehen zu können. Eine starke Position hat man nur, wenn man dem Vertragspartner zu verstehen geben kann, dass man selber nichts brauche und hinauslaufen werde, wenn man nichts erhalte. Denn man bringe etwas ein und es sei nun zu diskutieren, wieviel das sein solle. Wenn die Gegenpartei nicht einverstanden sei, bringe man halt nichts – das heisst, nicht mehr als alle anderen Kantone. Es geht darum, Basel-Stadt aufzuzeigen, dass sich Basel-Landschaft dies schlicht

nicht leisten kann. Verschliesst man davor die Augen, so muss man sich nicht wundern, wenn man noch ganz dramatische Sparmassnahmen über sich ergehen lassen muss. Und diese lassen sich nicht mit einer Erbschaftssteuer kompensieren.

Urs Kaufmann (SP) ist etwas konsterniert darüber, erneut das gleiche Spiel der SVP-Fraktion wie schon vor Jahren vor sich zu haben. Die Verunsicherung, die bei einer so wichtigen Institution wie der Universität Basel geschürt werden soll, ist unsäglich. Basel-Landschaft ist so nahe an Basel-Stadt dran und hat einen derart direkten Profit von der Universität. Das Spiel darf nicht wiederholt werden. Was soll eine vorsorgliche Kündigung? Andreas Dürr hat es schon angesprochen: Man muss entweder kündigen oder nicht. Vorsorglich nützt nichts und der Regierungsrat hat klar festgehalten, der frühestmögliche Kündigungstermin sei 2029 (Kündigungsfrist bis 2027). Es ist völlig verfehlt, jetzt schon mit einer Kündigung zu drohen, das wäre völlig zur Unzeit. Eine Kündigung würde frühestens auf 2030 in Kraft treten und eine Wirkung haben. Das Signal wäre völlig falsch und würde einen schlechten Einstieg in Verhandlungen und in die Umsetzung des bestehenden Univertrags bedeuten, der die wirtschaftliche Tragbarkeit berücksichtigt. Das muss der Regierungsrat nun tun, er muss den bestehenden Vertrag in diesem Punkt ausloten und das Beste fürs Baselbiet herausholen. Es ist auch unverständlich, weshalb die SVP völlig ausblendet, dass Basel-Landschaft bereits über zwei Standorte der Universität verfügt und dass ein neuer grosser Standort am Dreispitz in Planung ist. Will man irgendwann sagen, Basel-Landschaft sei nur noch Mitläufer, wolle nur noch profitieren, wirklich nur das Minimum an die Universität zahlen und CHF 100 Mio. sparen, so müsste man hinstehen und klar formulieren – wie es Béatrix von Sury d'Aspremont angetönt hat –, ob der Kanton wirklich Uni-Standort sein oder die Übung auf dem Dreispitz abrechnen und stattdessen lieber in Münchenstein die Kantongrenze verlegen wolle. Das müsste man dann ernsthaft durchziehen. Zu diesem Thema äusserte sich die SVP-Fraktion jedoch nicht, das müsste allerdings zuerst geklärt werden. Die SVP-Fraktion schürt nur Verunsicherung und schwächt die Verhandlungsposition. Das Postulat darf nicht überwiesen werden.

Simon Oberbeck (Die Mitte) sagt, die Zeiten der Schönwetterpolitik seien vorbei. Haben es alle läuten gehört? Jetzt gibt es die 13. AHV-Rente, es kommen weitere Kostenschübe auf uns zu und daher muss man auch über die unangenehmen Themen im Kanton und vielleicht auch in der Partnerschaft sprechen. Es gibt da noch andere Themen im Köcher – Regierungsrat Thomi Jourdan kennt diese sicher bestens. Man muss also vorwärtswachen und Druck machen, um die Verhandlungen mit dem Kanton Basel-Stadt aufnehmen zu können. Dieser wird sicher nicht freiwillig sagen, «Toll, Basel-Landschaft hat finanzielle Probleme und möchte wieder übers Geld diskutieren». So wird dies nicht ablaufen, sondern es wird Druck brauchen, auch den Druck des Landrats, obwohl der Regierungsrat am Ende jener ist, der die Verhandlungen führt. Am Postulat ist schwierig, dass die Strategie im Landrat diskutiert werden soll. Das wird wohl nicht funktionieren und ergibt keinen Sinn, daher die Bitte an die SVP-Fraktion, zu überlegen, ob dieser Teil gestrichen werden könnte. Aber Simon Oberbeck ist schon der Meinung, dass der Landrat dem Regierungsrat das Verhandlungsmandat und die Unterstützung geben muss. Wie der Weg sein wird, wird der Landrat sehen – es ist Aufgabe des Regierungsrats, die Möglichkeiten auszuloten. Ein weiterer wichtiger Punkt: Basel-Landschaft soll nicht der Bremsklotz dieser Universität sein. Alle kennen ihre Ausbaupläne und wissen, dass sie eine tolle Universität ist, mit internationalem Renommee. Das soll sie auch weiterführen können! Das Problem ist, dass sich der Kanton Basel-Landschaft als Mitträger diese grossen Summen nicht leisten kann. Denn es kommen, auch über Volksentscheide, so viele Kosten auf ihn zu und werden ihn belasten. Man muss Basel-Stadt klar sagen, dass man nicht bremsen wolle, sondern wolle, dass die Uni prosperieren und sich weiterentwickeln könne, dass Basel-Landschaft aber die Kostensteigerungen nicht übernehmen könne, sondern sogar um einiges zurückbuchstabieren müsse. Dem Regierungsrat muss dies zuhanden von Basel-Stadt mitgegeben werden.

Ronja Jansen (SP) glaubt, an dieser Stelle sei etwas Selbstkritik angebracht. Der Landrat hat den Kanton mit seinen politischen Entscheiden und seiner Steuerpolitik in den Boden gewirtschaftet. Jetzt die Rechnung dafür den kommenden Generationen durch Bildungsabbau unterzujubeln, ist komplett daneben. Der Landrat kann sicher nicht erwarten, dass Basel-Stadt wieder einmal für Basel-Landschaft in die Bresche springt und dessen Mist aufräumt. Der Landrat muss Verantwortung übernehmen und die steuerlichen Fehler der Vergangenheit angehen, statt die Kündigung mit dem Zweihänder aufzugleisen. Simon Oberbeck sei gesagt, dass der Vorstoss genau das verlangt: eine Kündigung, und nicht etwa, dass der Regierungsrat einfach etwas schlauer und taktischer verhandelt. Nun möchte Ronja Jansen noch etwas konkreter darauf eingehen, weshalb die Kündigung des Univertrags absolut kontraproduktiv ist. Anders, als Peter Riebli in den Raum stellte, geht es bei der Aufrechterhaltung der Universitätsträgerschaft natürlich nicht nur darum, dass unsere jungen Menschen aus dem Baselbiet an dieser Universität studieren können, sondern um viel mehr. Es gibt eine Studie von 2016, aus der ein paar Zahlen zitiert werden sollen, die aufzeigen, welchen Nutzen die Universität der gesamten Region bringt: Die Universität verursacht für unsere Region eine Wertschöpfung von jährlich CHF 750 Mio. – ein Vielfaches davon, was der Kanton Basel-Landschaft jährlich in die Universität investiert. An der Universität hängen gesamthaft fast 6'000 Arbeitsplätze der Region. Ein beträchtlicher Teil der wirtschaftlichen Effekte entsteht auch bei den Unternehmen der Region: Auf jeden Wertschöpfungsfranken an der Uni entstehen in der Region Basel-Stadt und Basel-Landschaft zusätzlich CHF 82.– Wertschöpfung bei anderen Unternehmen und Institutionen. Auf jeden Arbeitsplatz, der an der Universität entsteht, kommt ein zusätzlicher Arbeitsplatz bei einem anderen Unternehmen. Auch die öffentliche Hand, auch der Fiskus, profitiert von den wirtschaftlichen Impulsen durch die Universität. Insgesamt kommen den beiden Kantonen durch Steuereinnahmen durch die Universität jährlich rund CHF 64 Mio. zugute. Alle Anwesenden sind gebeten, diese Zahlen mitzuberücksichtigen, wenn es um die Trägerschaft dieser Universität geht. Basel-Landschaft profitiert in grossem Mass von ihr – nicht nur, weil seine Studierenden dort teilnehmen, sondern weil die ganze Wirtschaft, die ganze Region und die Unternehmen von ihr profitieren.

Marco Agostini (Grüne) macht seit 40 Jahren Verträge und hat in dieser Zeit noch nie einen gekündigt, bevor er verhandelt wurde. Das sagte im Übrigen auch Peter Riebli: Verhandeln, verhandeln, verhandeln – und sollte nichts dabei rausschauen, tritt man davon zurück. Eine vorsorgliche Kündigung bringt gar nichts.

Marco Agostini war angesichts der finanziellen Lage des Kantons stets dagegen eine rote Linie zu ziehen. Er ist vielmehr dafür, Offenheit zu zeigen. Das ist man den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern schuldig. Es ist alles verhandelbar, alles lässt sich diskutieren, auch bei den Spitälern oder der Universität. Aber einfach so zu kündigen – das geht nicht. Wenn im Vorstoss stehen würde, der Regierungsrat solle eine mögliche Kündigung *prüfen*, wäre es ein Auftrag des Landrats an den Regierungsrat, sich den Vertrag nochmals anzuschauen und genau hinzusehen. Solange der Auftrag aber lautet, den Vertrag zu kündigen, nützt es auch nicht, wenn aus der Motion ein Postulat wird, denn die Wirkung ist genau dieselbe: es geht um Kündigung. Der Votant könnte einem Postulat zustimmen, aber sicher nicht einer vorsorglichen Kündigung. Man sollte stattdessen den Regierungsrat mit dem Auftrag versehen, den Vertrag mit aller notwendigen Härte nochmals zu verhandeln.

Für **Caroline Mall** (SVP) ist es weder ein Schnellschuss noch ein Spiel. Ohne Druck geht in dieser Angelegenheit nichts. Die Votantin erwartet vom Kanton Basel-Stadt eigentlich, dass er dem Kanton Basel-Landschaft aus der Misere hilft, so wie damals, als es umgekehrt dem Kanton Basel-Stadt finanziell massiv schlecht ging. Was machte er da? Er ging zum Nachbarkanton, der ihm aushalf. Gerne möchte sie irgendwo lesen, dass sich der Stadtkanton dazu bekennt und nun Basel-Landschaft ebenfalls unterstützt. Ohne dass Forderungen wie Erbschaftssteuer und weiss der

«Gugger» was für idealistische Ideen aufkommen. Hört doch auf, die Bürgerlichen stets mit dem Tennisschläger an eine Wand zu knallen und ihnen vorzuwerfen, sie hätten kein Verständnis oder stünden nicht hinter der Universität! Es geht vielmehr darum, dass man jemandem, dem es nicht gut geht, in der Regel hilft, so als wäre er krank. Man darf vom Kanton Basel-Stadt doch wirklich ernsthaft erwarten, freiwillig auf die Baselbieter Regierungsräte zuzugehen, um zu helfen und gemeinsam eine Lösung zu finden. Dann müsste man erst gar nicht mit solchen Vorstössen kommen. Es ist aber unbestritten, dass es einen solchen Vorstoss braucht, weil man vom Kanton Basel-Stadt nichts hört. Verhandlungen sind zwar gut und recht und müssen auch geführt werden. Aber Hand aufs Herz: Caroline Mall hat null Verständnis dafür, wenn Basel-Stadt keine Anstalten macht, dem Nachbarkanton in seiner schwierigen Situation zu helfen und in die Bresche zu springen – und nicht nur die Situation anschauen zu wollen.

Fredy Dinkel (Grüne) ist voll mit Peter Riebli einverstanden, dass man sich gewisse Dinge nicht mehr leisten kann und man hinschauen muss, wo es Sparpotential gibt. Die Frage ist aber, wie man das macht. Eine Kündigung ist auf jeden Fall nicht der richtige Weg, was andere vor ihm noch viel besser gesagt haben. Der richtige Weg ist, zu unterstützen und zu schauen, wo sich etwas verbessern lässt. Eine Ablehnung des Vorstosses bedeutet nicht, dass man bereit wäre, weiterhin CHF 160 Mio. oder noch mehr zu zahlen. Das ist ganz klar nicht die Botschaft.

Caroline Mall beklagte, dass Basel-Stadt keine Lösung anbiete. Im neuen Universitätsvertrag steht aber, dass für das Finanzierungsmodell auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Kantone berücksichtigt werde. Ob das in ausreichendem Mass getan wird, ist eine andere Frage. Man kann aber nicht sagen, es passiere nichts. Daran muss man arbeiten und schauen, ob man es noch besser machen kann.

Nach allem, was Fredy Dinkel gehört hat, lautet seine Antwort auf den Antrag der SVP: Nein. Aber man muss dranbleiben.

Als **Adil Koller** (SP) in den Landrat kam, wurde vorgewarnt, dass alle Vorschläge immer wieder auf den Tisch kommen. Man könnte hinzufügen: Das erste Mal als Tragödie, das zweite Mal als Farce. Was hat sich seit 2017 geändert? Die SVP wollte, dass die Uni spart. Das tat sie, strich Professuren und Tutorate, sie kürzte Angebote und stabilisierte die Studierendenzahl. Die SVP wollte zweitens, dass es eine Fakultät auf Baselbieter Boden gibt. Es wird sogar deren zwei geben, die Planung läuft. Drittens wollte sie, dass die Uni nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit der beiden Trägerkantone finanziert wird: In der Folge wurde ein neuer Finanzierungsmechanismus ausgehandelt, bei dem es genau darum geht. Basel-Stadt hat dem Nachbarkanton sogar noch CHF 80 Mio. übergeschoben, damit es ausgeglichener ist. Es wurde der Standortvorteil aufgenommen etc. pp. Das alles wurde vor vier Jahren so beschlossen.

Was hat die SVP von ihren Forderungen bekommen? Alles! Man gibt den kleinen Finger, sie nimmt die ganze Hand – und jetzt möchte sie sogar noch den ganzen Arm abhacken. Die Wertschöpfung der Universität Basel beträgt dreiviertel Milliarden pro Jahr. Das ist extrem für unsere Region.

Die SP wehrt sich dagegen, dass Basel-Landschaft erneut zu einem schlechten Partner wird – und dazu würde der Vorstoss der SVP führen. Was ist denn das für eine Verhandlungstaktik: zu kündigen, wenn der Partner einem nicht entgegenkommt? Die SVP läuft ja sogar schon vom Verhandlungstisch davon. Adil Koller hat mit Peter Riebli das Thema im Regionaljournal diskutiert und musste dort feststellen, dass dieser seinen Vorstoss offenbar gar nicht gelesen hat, denn er sprach von «Verhandeln». Darum geht es im Vorstoss aber gar nicht. Es geht um Kündigung, das steht schon im Titel, zieht sich durch den ganzen Text und taucht am Schluss wieder auf. Nun wurde der Vorstoss angepasst und die Verhandlungsstrategie soll im Parlament verhandelt werden. Diesbezüglich muss der Votant Andi Dürr recht geben – sieben Jahre als Mitglied des Parlaments hat er darauf gewartet. Adil Koller vertraut der Regierungspräsidentin, die den Vertrag, das

Globalbudget und den Finanzierungsmechanismus neu ausgehandelt hat, so dass es für beide Kantone stimmt. Man kann nun nicht jedes zweite Jahr angerannt kommen und, weil die Situation gerade etwas schwierig ist, den langfristig ausgehandelten Finanzierungsmechanismus neu aushandeln. Dafür hat man ihn nicht ausgehandelt, sondern dafür, dass er eben langfristig hält. Was jetzt auf dem Tisch des Landrats liegt, ist eine Kündigung des Vertrags, und potentiell eine Farce, zu der man Nein sagen und den Regierungsrat machen lassen muss.

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, dass Regierungsrat Anton Lauber am Nachmittag dem Landrat nicht mehr zur Verfügung stehen werde. Es ist aber das Privileg der Regierung, jederzeit zu sprechen. Zuvor aber erhält Reto Tschudin das Wort, der zwar schon zweimal gesprochen hat, nun aber einen modifizierten Antrag und somit einen neuen Beratungsgegenstand vorstellen wird.

Reto Tschudin (SVP) hätte sehr viel auf das Votum von Adil Koller zu entgegnen, darf das aber nicht tun. Er nimmt aber sehr gerne auf, was in die sehr lebhaft und positive Diskussion eingebracht wurde. Seine Fraktion möchte das nicht ungehört lassen und deshalb folgenden leicht modifizierten, möglichst für alle vertretbaren Antrag zur Debatte stellen:

Der Regierungsrat wird gebeten, den Staatsvertrag zur Finanzierung der Universität Basel mit dem Kanton Basel-Stadt ultima ratio ~~versorglich~~ zu kündigen sowie eine Strategie für die zukünftige Finanzierung und Zusammenarbeit zu definieren ~~und dem Landrat vorzulegen und dafür zu sorgen, dass dem Kanton Basel-Landschaft gemäss HV abgerechnet wird.~~

Regierungspräsidentin **Monica Gschwind** (FDP) freut sich sehr, dass die Leistungen der Universität Basel und ihre Ausstrahlung auf die Region unbestritten seien. Die Universität ist essentiell für den Bildungs- und Wissenschaftsstandort sowie für die Innovationen in der Region. Unbestritten ist aber leider auch, dass der Kanton Basel-Landschaft grossen Handlungsdruck hat, was der Finanzdirektor anlässlich der Medienkonferenz zur Jahresrechnung 2023 dargelegt hatte. Man befindet sich nun mitten in den Verhandlungen zur neuen Leistungsauftragsperiode 2026 bis 2029. Schon dies wird eine grosse Herausforderung sein.

Adil Koller hatte erwähnt, dass die Universität Basel sparen musste, so dass sie heute über ein komfortables Eigenkapital von rund CHF 470 Mio. verfügt. Die Votantin ist deshalb zuversichtlich, dass für die neue Leistungsauftragsperiode eine gute Lösung gefunden werden kann. Die Universität wird aber auch etwas von ihrem Eigenkapital beitragen müssen.

Für die Finanzierung ab 2030 werden die Herausforderungen noch grösser. Wie vorhin erwähnt, stehen im Immobilienbereich massive Kostensteigerungen bevor und das Gebäude der Biomedizin ist noch im Bau. Das ist längst nicht alles. Auch das Departement Physik hat grossen Bedarf und benötigt ein neues Gebäude. Und wenn man sieht, welche Investitionen sonst noch bevorstehen, muss man erkennen, dass Basel-Landschaft tatsächlich der Bremsklotz ist, von dem vorhin die Rede war. Man wird deshalb ab Leistungsperiode 2030 neue Verhandlungen anstreben müssen. 2015 war die Partnerschaft noch einseitig. Der Sekretär des Universitätsrats war damals gleichzeitig der Hochschulverantwortliche des Kantons Basel-Stadt und es gab noch weitere derartige Verflechtungen. Basel-Stadt und die Universität waren Partner, während Basel-Landschaft aussen vor war. In der Zwischenzeit konnte das geändert werden, die beiden Kantone sind echte Partner geworden, verhandeln gemeinsam über die Universität und schufen die etablierten Gremien, um weiterhin in geordnetem Rahmen Verhandlungen zu führen. Der Regierungsrat von Basel-Stadt kennt die Situation von Basel-Landschaft. Er befindet sich aufgrund seiner finanziellen Entwicklung in einer ganz anderen Ausgangslage. Mit den Erträgen aus der OECD-Steuerreform wird sich das Ungleichgewicht noch akzentuieren.

Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzulehnen, da es die Strategie für die Verhandlung massiv einschränken und einem die Hände binden würde. Der Universitätsvertrag regelt selbstver-

ständig auch die Kündigungsmodalitäten, die in der Kompetenz des Regierungsrats liegen. Basel-Landschaft möchte den Verhandlungsweg zusammen fortsetzen und auf Augenhöhe mit Basel-Stadt weitergehen. Man wird alles daran setzen, damit das Ergebnis so ist, dass sowohl der Kanton Basel-Landschaft, der Kanton Basel-Stadt als auch die Universität damit leben können. Der Landrat sei gebeten, das Postulat abzulehnen und dem Regierungsrat das Vertrauen zu geben.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) möchte einige Aspekte beleuchten. Es wird stets von Partnerschaft gesprochen. Partnerschaft, auch zwischen zwei Kantonen, funktioniert vor allem dann, wenn man offen und transparent kommuniziert. Es ist der Auftrag des Regierungsrats, offen und transparent zu kommunizieren, dass es beim Leistungsauftrag 2026–2029 Probleme mit der Finanzierung geben wird. Es dürfte allen klar sein, dass es mit dem kommenden und übernächsten Leistungsauftrag noch schwieriger werden wird, die Finanzierung zu garantieren und sicherzustellen. Das hat Gründe, die in der Entwicklung der Universität zu suchen sind. Diese findet der Regierungsrat grundsätzlich gut, man wird aber als finanziell schwächerer Partner immer mehr Mühe haben, mit dem Finanzierungsbedarf auf die Jahre partnerschaftlich Schritt zu halten. Dabei geht es stets um die Frage der Parität. Man tut also gut daran, sich der Diskussion zu stellen, weshalb sich Monica Gschwind und er abgesprochen haben, sich gemeinsam dazu zu äussern. Denn die Diskussion muss in den bestehenden Gremien geführt werden. Alles andere wäre nicht korrekt. Es hat auch gar keinen Wert, emotional auf die eine oder andere Seite zu argumentieren, denn letztlich ist das Geld – und die Frage, ob es vorhanden ist oder nicht – ein ganz grosses Faktum. Die Verhandlungen in den bestehenden Gremien wurde bereits vorgespurt, sie wurden informiert und sind vorgewarnt.

Mit welchem Druck möchte man diese angehen? Es ist natürlich sehr wichtig, welche Signale der Landrat abgibt, denn auch der Regierungsrat von Basel-Stadt hat eine Verantwortung gegenüber seinem Parlament und der Universität. Entsprechend tauscht man sich gegenseitig aus, was enorm wichtig ist.

Die Frage ist, ob man mit oder ohne vorhergehende Kündigung in die Verhandlungen geht. Das sei der Bildungsministerin überlassen. Für ihn persönlich ist wichtig, dass mit Transparenz in die Verhandlungen gegangen wird. Dabei bringt Schönfärberei nichts. N-i-c-h-t-s. Man muss transparent offenlegen, was Sache ist, und nicht so tun, als ob man es irgendwie regeln könnte. Dazu sei Folgendes gesagt: Wer weiss, wo das Kostenwachstum des Kantons Basel-Landschaft stattfindet? Man schaue dazu in den Aufgaben- und Finanzplan 2024–2027, wo steht, dass es im Bereich Bildung CHF 117 Mio. sind! Nicht im Strassenbau oder sonst wo. Der nächste grosse Kostenpunkt betrifft die Gesundheit mit CHF 181 Mio. Zusammengezählt ergibt das CHF 300 Mio. Wenn er Begriffe wie «totsparen» hört, muss der Votant leicht schmunzeln. Denn es sind die Kosten, die enorm steigen. Und das in Bereichen, die einigen im Saal grundsätzlich wichtig sein dürften. Man muss sich also der Thematik stellen – was der Regierungsrat tut. Es stehen Forderungen im Raum, zum Beispiel von Steuererhöhungen. Eine Erhöhung um 5 % ergäben CHF 50 Mio., 10 % ergäben CHF 100 Mio. Das ist aber noch nicht das Ende, denn es wird auch harte Diskussionen über den Leistungsauftrag 2026–2029 mit der Universität geben müssen. Dort wird es vor allem in den Bereichen Forschung und Entwicklung teuer werden. Ebenso muss das Biozentrum finanziert werden. Auch um diese Themen wird es gehen müssen. Das heisst, dass es nicht nur um die Frage der Fortführung des Vertrags geht, sondern auch um Leistungsaufträge geht. Möchte man mit den Diskussionen jedes Mal wieder von vorne anfangen? Und dann erneut ab 2030? Deshalb muss man nun wirklich einmal offen und transparent an das Thema herangehen.

Die Zukunft wird nicht einfacher werden. Am 9. Juni 2024 wird über die Krankenkassenprämien-Initiative abgestimmt. Egal, wie es rauskommt, es wird teuer: Die Initiative wird geschätzt CHF 74 Mio. pro Jahr kosten – was man nicht einmal mit einer fünfprozentigen Steuererhöhung wettmacht

– und der indirekte Gegenvorschlag CHF 54 Mio. Gleichzeitig wird es auch um die Familienergänzende Kinderbetreuung gehen. Ganz ehrlich gesagt: Der Votant spricht heute nur über Verantwortung, mit einer längeren Perspektive als nur bis übermorgen. Deshalb ist es ihm enorm wichtig, dass Basel-Landschaft als Partner gegenüber Basel-Stadt transparent diskutiert. Dann, so ist anzunehmen, wird Basel-Stadt auf diese Diskussion auch einsteigen können.

Es ist etwas schade, wenn einem in der Diskussion ständig vorgeworfen wird, gegen die Universität zu sein oder es noch nicht begriffen zu haben. Darum geht es nicht. Anton Lauber glaubt nicht, dass in diesem Saal jemand gegen die Universität ist. Die Frage ist aber, wie sie finanziert und am besten gefördert wird. Simon Oberbeck hat vorhin darauf hingewiesen, dass es für die Entwicklung der Universität nicht das Beste ist, wenn sie sich stets am langsamsten und schwächsten Glied orientieren muss. Deshalb geht es darum, mit dem Kanton Basel-Stadt, der hoffentlich ein offenes Ohr hat, eine Lösung zu suchen. Andi Dürr ist Recht zu geben, dass man die Strategie der Verhandlungen nicht in diesem Rahmen diskutieren kann. Es wäre ein Fehler, es über die Medien zu tun. Das geht nicht. Mit der Regierungspräsidentin geht er total einig darin, dass man dies in den bestehenden Gremien tun muss. Die Haltung des Landrats dazu ist jedoch enorm wichtig.

Béatrix von Sury d’Aspremont (Die Mitte) möchte Reto Tschudin herzlich danken für die Änderung des Postulatstexts. Aber ehrlich: Es ist doch selbstredend, dass der Regierungsrat die Strategie erarbeitet. Dafür braucht es kein Postulat. Das ist ohnehin seine Aufgabe. Und es wurde hier mehrfach betont, dass der Landrat seinen Rücken stärkt. Der Regierungsrat weiss nun, wie wichtig dies dem Parlament ist. Er soll und muss verhandeln, aber es müssen alle aufeinander zu gehen. Es ist aus dem Votum der Regierungspräsidentin klar geworden, dass dies sowohl der Universität als auch Basel-Stadt klar ist.

Eine «ultima ratio» ist für die Votantin trotz allem kein Vertrauensbeweis und keine Begegnung auf Augenhöhe. Es ist und bleibt eine Drohung, weshalb sie das Postulat nicht überweisen kann.

Andrea Heger (EVP) sagt, dass sowohl Reto Tschudin als auch Peter Riebli ihrem Wunsch Ausdruck verliehen haben, man könne sich zusammen an einen Tisch setzen und die Fakten ausbreiten, um gut verhandeln zu können. Der «Säckelmeister» betonte vorhin, dass er Transparenz haben möchte. Das ist sehr zu unterstützen. Was Tschudin und Riebli möchten, ist aber nicht, zusammen an einen Tisch zu sitzen. Mit ihrem Postulat verlassen sie vielmehr den Raum, knallen die Türe zu und haben das Gefühl, dass das eine gute Ausgangslage für eine Verhandlung ist. So funktioniert das nicht. Der Finanzminister hatte vorhin gesagt – die Votantin paraphrasiert etwas überspitzt –, man solle doch nicht so sozial-romantisch träumen. Es geht Andrea Heger aber nicht darum, dass man nur die schöne Blumenvase auf dem Tisch anschaut und mit der Universität nette Gespräche führt. Trotzdem ist es «le ton qui fait la musique». Das Damoklesschwert der Kündigung hängt über diesem Tisch. Das weiss auch Basel-Stadt, auch ohne dass man die Türe zuschmettert.

Die Votantin geht einig mit Andi Dürr, der gesagt hatte, man solle die Strategie nicht öffentlich verhandeln. Mit diesem Vorstoss findet aber trotzdem eine öffentliche Verhandlung statt. Es ist eine Taktikfrage, den Vorstoss jetzt zu bringen. Aber auch eine Stilfrage. Die Taktik ist ganz schlecht gewählt. Und der Stil ist völlig daneben. Andrea Heger möchte nicht, dass sich Basel-Landschaft als Elefant im Porzellanladen verhält. Dabei kommt keine gute Lösung raus: Das Geschirr geht kaputt und muss dann wieder zusammengeklebt werden. Lieber wäre ihr, man würde am Tisch sitzen und eine Diskussion führen. Ihre Fraktion wäre bereit dafür, sie weiss, wie es um die Finanzen steht und dass man genau hinschauen und sich fragen muss, was sich ändern lässt. Sie möchte dabei aber lieber über die Menge und die Ausführung des Geschirrs reden: Soll es Meissner Porzellan sein? Und wenn ja, wofür? Und wann reicht ein Ikea-Set?

Fortsetzung am Nachmittag

Gzim Hasanaj (Grüne) stellt fest, der heutige Sitzungstag habe mit viel Harmonie begonnen. Nun geht es aber in Richtung Abstimmung. Es wurde gesagt «Fakten, Fakten, Fakten». Oftmals ist es so, dass jene, die auf die Fakten verweisen, es mit ebendiesen nicht ganz so genau nehmen. Die Meinung kann nicht nur manipuliert werden, indem eine Unwahrheit gesagt wird, sondern auch, indem nur ein Teil der Wahrheit erzählt wird. So wurde gesagt, dass 21 % der Studierenden aus dem Kanton Basel-Landschaft stammten und der Kanton jedoch 40 % bezahle. Ein Blick auf die weiteren Zahlen zeigt, dass im Bachelorstudium 28 % der Studierenden aus Basel-Landschaft kommen, gegenüber 21 % aus dem Kanton Basel-Stadt. Das heisst Basel-Stadt hat viel weniger Studierende als Basel-Landschaft. Im Masterstudium sind 18 % aus Basel-Landschaft und 14 % aus Basel-Stadt und bei den Doktorierenden sind es 10 % gegenüber 8 %. Das heisst, es handelt sich wirklich um «unsere» Universität, die von «unseren» Kindern besucht wird. Die Universität geht den Kanton sehr stark etwas an.

Natürlich muss gespart werden. Aber bislang gab es keine konkreten Vorschläge, sondern lediglich Kritik. Vielleicht gäbe es die Möglichkeit, weniger in Prestigebauten zu investieren. Bei der Lehre und Forschung soll nicht gespart werden. Oder der Kanton könnte sich in Bern stärker dafür einsetzen, dass die Gebühren für ausserkantonale Studierende erhöht werden. Es gibt diverse Sparmöglichkeiten, die angeschaut werden können und die einer Kündigung des Vertrags vorzuziehen sind.

Ausserdem – würde sich der Landrat nun für eine Kündigung des Vertrags aussprechen – würde der Regierungsrat bei den Verhandlungen in Ketten gelegt. Gzim Hasanaj denkt nicht, dass dies das Ziel des Landrats sein kann.

Peter Riebli (SVP) möchte einige Dinge zum Statement von Adil Koller sagen. Adil Koller sagte, er habe sieben Jahre darauf gewartet, einmal mit Andreas Dürr einig zu sein. Peter Riebli hat seinerseits sieben Jahre darauf gewartet, dass Adil Koller sagt, er vertraue dem Regierungsrat. Diese Aussage hat Peter Riebli entsprechend gefreut. Er vertraut dem Regierungsrat auch. Aber: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Adil Koller hatte zudem gesagt, alle damaligen Forderungen der SVP seien erfüllt worden. Das stimmt nicht. Die SVP hatte beispielsweise gefordert, dass ausländische Studenten, die mit 24 % einen grösseren Anteil ausmachen als die Baselbieter, höhere Studiengebühren zahlen sollen. Dies wurde nicht umgesetzt. Die SVP hatte auch zur Diskussion gestellt, ob die Universität Basel wirklich eine Volluniversität sein oder ob auf gewisse Fächer verzichtet werden soll. Dies wurde auch nicht gemacht. Es gibt viele solche Punkte, die angeschaut werden müssten. Auch die Historie muss angeschaut werden: In den 60er oder 70er Jahren hatte Basel-Stadt keinerlei Interesse, dass sich Basel-Landschaft in irgendeiner Form beteiligt. Erst im Jahr 2004, als Basel-Stadt finanzielle Probleme hatte und über eine Redimensionierung der Universität nachgedacht hatte, kam Basel-Landschaft in die Diskussion. Alt Regierungsrat Adrian Ballmer hat dann bei irgendeiner euphorischen Gelegenheit das Versprechen abgegeben, dass die finanziellen Möglichkeiten des Kantons Basel-Landschaft mittlerweile einfach bei Weitem überschreitet. Denjenigen, die gelernt haben, zwischen den Zeilen zu lesen respektive zu hören, was der «Säckelmeister» des Kantons am Vormittag gesagt hatte, sollte klar sein, was dieser möchte: Er möchte die Möglichkeit haben, in den Verhandlungen sagen zu können, dass der Vertrag gekündigt wird, sollte keine vernünftige Lösung gefunden werden. Dies wird möglich mit einer Überweisung des Vorstosses. Der Vorstoss ist ein Hilfsmittel, damit der Regierungsrat stark in die Verhandlungen steigen kann. Peter Riebli bittet um Überweisung, damit der Regierungsrat die Verhandlungsvollmacht erhält, um die Möglichkeit im Extremfall ausnutzen zu können.

Markus Graf (SVP) ist einigermaßen über den Abwehrmechanismus von Links-Grün erstaunt. Auch wenn es einige erstaunen mag: Auch die SVP-Fraktion ist stolz auf die Universität Basel, aber nicht zu jedem Preis. Es sollte allmählich allen bewusst sein, dass sich der Kanton Basel-Landschaft dies bald nicht mehr leisten kann. Markus Graf hätte auch gerne einen grösseren und

modernen Traktor zuhause, kann ihn sich aber momentan nicht leisten. So sollte es doch auch in der Politik sein.

Am Vormittag wurde gesagt «hyperaktiv», «Schnellschuss», «Angriff auf die Partnerschaft». Letztlich ist es aber doch genau die Pflicht des Landrats solche unangenehmen Themen aufs Tapet zu bringen. Der Zeithorizont steht, dagegen kann nichts gemacht werden. Drei Jahre sind aber schnell vorbei und die Aussage von Béatrix von Sury d'Aspremont, dass dies Sache des Regierungsrats sei und den Landrats nichts angehe, ist schlicht falsch. Der Regierungsrat und die Universität brauchen die heutige Debatte. Denn das Geld wird in Zukunft fehlen und zwar für alle Hochschulen in der Schweiz. Die Sparpläne des Bundes sind bekannt.

Ein weiteres Thema ist, dass eben nicht nur «unsere» Kinder an der Universität Basel studieren, sondern auch noch andere. So gibt es zwischen 25 bis gut 30 % ausländische Studierende, die auf Kosten der hiesigen Steuergelder in der Schweiz billig studieren. Auch diesen Punkt muss die Universität angehen. Fehlt das Geld, dann ist die Gefahr gross, dass die Kantone die Kosten ausgleichen müssen.

Am schlimmsten ist eigentlich, dass die Motion seitens SVP nun schon in ein Postulat umgewandelt und auch der Text angepasst wurde. Dennoch ist ein grosser Teil des Rats nach wie vor nicht bereit, dem Regierungsrat den Rücken zu stärken. Der Steuerzahler wird dies wohl nicht begreifen.

Ursula Wyss Thanei (SP) hofft, noch etwas Neues zur Debatte beitragen zu können. Letztlich gehe es – trotz der prekären Finanzlage – um die Frage, was einem eine nachhaltige und zukunftsorientierte Bildungspolitik wert sei. Was ist dem Kanton eine starke Bildung auf allen Stufen wert? Ursula Wyss Thanei glaubt nicht, dass bei einer Senkung des Baselbieter Beitrags Basel-Stadt den Fehlbetrag einfach übernehmen würde. Vielmehr würde der Bund bei einer Senkung nachziehen. Ein Abbau hätte Konsequenzen für Basel-Landschaft. Die Auswirkungen wären nicht überschaubar. Es wäre naiv, zu glauben, dass die Qualität und das Renommee erhalten werden könnten bei einem reduzierten Beitrag. Es geht auch nicht einmal darum, ein grösserer oder modernerer Traktor zu werden, sondern die heutigen Leistungen und das heutige Leistungsniveau zu erhalten. Letztlich hängen Renommee und Qualität direkt proportional mit der finanziellen Leistungsfähigkeit der Universität zusammen. Es war von Transparenz die Rede: Wird Geld gestrichen, dann sollte bekannt sein, auf was genau verzichtet wird. Im Interview mit den Herren Pfister und de Courten, in dem es um die Bundesfinanzierung ging, bezog sich Letzterer direkt auf die vorliegende Motion. Er fragte, wenn dem Landrat respektive der Region die Universität Basel nicht wichtig sei, weshalb dann der Bund mehr Geld für die Universität sprechen solle. Es ist wichtig, dass sich der Landrat hinter die Universität stellt. Sie ist eine Art Lebensader für die Region.

– *Ordnungsantrag: Schliessung der Rednerliste*

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, es liege ein Ordnungsantrag vor.

Andreas Dürr (FDP) sagt, seitens FDP-Fraktion habe es ein Votum gegeben, in dem die Fraktionsmeinung dargelegt worden sei. Es wird nicht besser – auch nicht, wenn der Vorstoss immer weiter umgeschrieben wird. Andreas Dürr beantragt Schliessung der Rednerliste.

Marco Agostini (Grüne) ist gegen eine Schliessung der Rednerliste. Am Vormittag sei es noch um eine Motion gegangen, welche die Kündigung des Universitätsvertrags verlangte – dazu habe er sich noch nicht einmal äussern können. Nun liegt ein neuer Vorschlag auf dem Tisch, der beraten werden sollte. Eigentlich sind Änderungen an Vorstössen nicht unbedingt gut, weil sie in den Fraktionen nicht diskutiert werden können. Hier ist nun beispielsweise die Ausgangslage völlig anders.

Marc Schinzel (FDP) sagt, die Argumente seien ausgetauscht und die Diskussion mittlerweile repetitiv.

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) lässt über den Ordnungsantrag gemäss § 80 Absatz 2 des Landratsdekrets abstimmen.

::: Der Antrag auf Schliessung der Rednerliste wird mit 46:24 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, es seien noch zwei Personen auf der Rednerliste.

Linard Candreia (SP) respektiert den Entscheid und reduziert deshalb sein Votum auf einen Satz: Seit 1460 – also seit bald 600 Jahren – ist etwas zusammengewachsen, was zusammengehört: unsere Universität Basel.

Andrea Heger (EVP) repliziert auf eine Aussage von Peter Riebli und eine von Markus Graf. Peter Riebli habe gesagt, dass geübte Politikerinnen und Politiker beim «Säckelmeister» zwischen den Zeilen raushören könnten, welche Unterstützung dieser gerne hätte. Andrea Heger geht davon aus, dass Peter Riebli sich selber zu jenen geübten Landräten zählt. Dann hat er vielleicht auch mitbekommen, dass die Grüne/EVP-Fraktion bereit ist, alles genau anzuschauen und zu diskutieren, dass dem Regierungsrat der Rücken aber nicht gestärkt wird, wenn ihm gesagt wird, er solle den Verhandlungsraum verlassen, die Türen zuschlagen und nachher schauen, ob Basel-Stadt ihm hinterherrennt und ihn zurück an den Tisch bittet. Vielmehr sollte ein anderer Weg gewählt und offen dargelegt werden, wo die Probleme des Kantons Basel-Landschaft liegen – dafür wurde in den letzten Jahren die vertrauensvolle Basis geschaffen. Basel-Stadt weiss, dass im schlimmsten Fall der Universitätsvertrag gekündigt werden kann und dass es dafür auch noch Zeit gibt. Andrea Heger glaubt, dass der Regierungsrat weiss, dass gewisse Dinge politisch nicht durchkommen werden und er entsprechend über Druck verfügt. Der vorliegende Vorstoss ist somit die falsche respektive keine Stütze.

Marco Agostini hatte es bereits gesagt: Mittlerweile liegt die zweite Version des Vorstosses vor, der am Landratstag selber abgeändert wurde. Der Gesamtlandrat war über diese Änderungen im Vorfeld nicht informiert und entsprechend konnten gewisse Punkte in den Fraktionen nicht diskutiert werden. Würde die SVP-Fraktion wirklich den Regierungsrat stärken wollen, müsste sie solche Änderungen den Fraktionen im Voraus mitteilen, damit im Vorfeld Diskussionen stattfinden und gewisse Hinweise gegeben werden können. Nur wenn alle frühzeitig involviert werden, können geeinte Botschaften gesendet werden.

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) liest den modifizierten Antrag vor: *«Der Regierungsrat wird gebeten, den Staatsvertrag zur Finanzierung der Universität Basel mit dem Kanton Basel-Stadt ultima ratio zu künden sowie eine Strategie für die zukünftige Finanzierung und Zusammenarbeit zu definieren»*.

::: Der Vorstoss wird auch nach der Umwandlung in ein Postulat und nach Modifikation des Wortlauts mit 52:28 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.
